



An den Grossen Rat

24.5509.02

PD/P245509

Basel, 19. Februar 2025

Regierungsratsbeschluss vom 18. Februar 2025

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend «die Rolle von Basel-Stadt hinsichtlich geopolitischer Auseinandersetzungen und deren Folgen für die Region»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Johannes Sieber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Während der Einfluss unseres Kantons auf die Verhinderung oder das Beenden geopolitischer Auseinandersetzungen gering ist, stellt sich dennoch die Frage, welche Rolle der Kanton im Einzelfall einnehmen kann und soll. Diese Frage stellen sich besonders Einwohner:innen der Region, die aus familiären und anderen Gründen mit Kriegsregionen besonders verbunden sind.

Nach einem Jahr Krieg im Nahen Osten sind in Europa und auch in Basel-Stadt zunehmend Spannungen zu beobachten. Der Nahostkonflikt ist vielschichtig und beruht auf historischen, religiösen, politischen und territorialen Spannungen. Weitere Gründe sind Ressourcenknappheit, aber auch internationale Einflüsse. Friedensbemühungen scheitern oft an gegenseitigem Misstrauen, unnachgiebigen Positionen und ungelösten Statusfragen über bestimmte Gebiete.

Entsprechend unterschiedlich sind die Hintergründe, die zu Spannungen in unserer Region führen. Die diversen Anliegen werden in unterschiedlicher Form zum Ausdruck gebracht. Darunter sind friedliche Mahnwachen, aber auch konfrontative Aktivitäten, von denen einige auch die rechtliche Ordnung tangieren. Der Autor verzichtet in dieser schriftlichen Anfrage bewusst auf eine Beurteilung und Einordnung einzelner Aktivitäten. Ein Blick auf Europa und auch Basel-Stadt zeigt jedoch, dass die Spannungen zunehmend sind.

Vor diesem Hintergrund interessiert sich der Unterzeichnende für die Rolle von Basel-Stadt hinsichtlich der Folgen geopolitischer Auseinandersetzungen auf unsere Region; grundsätzlich und im Speziellen in Bezug auf die Situation in Nahost. Er bittet den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was tut der Regierungsrat, um den Spannungen in der Region zu begegnen?
2. Bestehen in Basel-Stadt etablierte Strukturen, über die regionale Folgen von geopolitischen Spannungen aufgefangen werden? Falls ja, woraus bestehen diese? Falls nein, könnte sich der Regierungsrat vorstellen, solche aufzustellen?
3. Ist der Regierungsrat bemüht, den Dialog mit und unter den betroffenen Einwohner:innen von Basel-Stadt zu suchen bzw. zu fördern, beispielsweise mittels Dialogplattformen?
4. Existieren Anlaufstellen für Personen, die aufgrund familiärer und anderer Verbundenheit persönlich betroffen sind und die hinsichtlich Informationen oder für Hilfestellungen beim Bewältigen der Belastung auf Unterstützung angewiesen sind? Falls ja, müssen solche ausgebaut und die Bemühungen intensiviert werden? Falls nein, gedenkt der Regierungsrat dahingehend aktiv zu werden?

5. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, Anliegen der Bevölkerung unseres Kantons bezüglich geopolitischer Auseinandersetzungen beim Bund zu platzieren?
Johannes Sieber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Wie andere international vernetzte Wirtschafts- und Wissenschaftsmetropolen ist auch Basel-Stadt von globalen geopolitischen Entwicklungen betroffen. Während der Einfluss des Kantons auf geopolitische Konflikte begrenzt ist, zeigen sich immer wieder indirekte Auswirkungen in der Region. Der anhaltende Nahostkonflikt und andere internationale Spannungen führen auch in Basel-Stadt zu emotionalen Debatten, Protesten und mitunter gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen.

Neben geopolitischen Spannungen fordern zudem Megatrends wie Migration, demografischer Wandel, Digitalisierung und soziale Disparitäten den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann langfristig nur erhalten werden, wenn es gelingt, ein Klima der Integration und des respektvollen Miteinanders zu fördern.

Vor diesem Hintergrund setzt der Regierungsrat auf bewährte lokale Strukturen, präventive Massnahmen und gezielte Dialogförderung, um Spannungen zu begegnen. Eine enge Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren und eine bedarfsgerechte Ausrichtung bestehender Angebote sichern den gesellschaftlichen Frieden in Basel-Stadt.

Zu den einzelnen Fragen

1. *Was tut der Regierungsrat, um den Spannungen in der Region zu begegnen?*

Der Regierungsrat verfolgt eine präventive Strategie, um gesellschaftliche Spannungen, die aus geopolitischen Konflikten resultieren, frühzeitig zu entschärfen. Dabei setzt er insbesondere auf:

- Bestehende Dialog- und Vermittlungsformate in den Quartieren, darunter Quartiertreffpunkte und interkulturelle Beratungs- und Begegnungsangebote. Diese erleichtern den Zugang verschiedener Bevölkerungsgruppen zu verschiedenen Lebensbereichen. Sie bieten zudem einen Raum für den Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren, darunter religiöse Gemeinschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Einrichtungen, um Konflikt dynamiken zu verstehen und geeignete Massnahmen zu ergreifen.
- Sensibilisierung und Bildung, insbesondere durch schulische, ausserschulische und universitäre Programme, die den interkulturellen Dialog und den respektvollen Umgang mit politischen und religiösen Differenzen fördern.
- Sicherstellung, dass öffentliche Proteste und Meinungsäusserungen in einem friedlichen und rechtskonformen Rahmen stattfinden.

2. *Bestehen in Basel-Stadt etablierte Strukturen, über die regionale Folgen von geopolitischen Spannungen aufgefangen werden? Falls ja, woraus bestehen diese? Falls nein, könnte sich der Regierungsrat vorstellen, solche aufzustellen?*

In Basel-Stadt bestehen etablierte Strukturen zur Förderung des Dialogs. Mit diesen Strukturen können teilweise auch regionale Folgen geopolitischer Spannungen abgedeckt werden. Dazu gehören:

- Niedrigschwellige Begegnungsorte wie Quartiertreffpunkte und Stadtteilsekretariate, die als Plattform für den interkulturellen Dialog genutzt werden.
- Bestehende Dialogplattformen wie die Woche der Religionen oder der Runde Tisch der Religionen, welche Konfliktprävention und Mediation ermöglichen.
- Soziale Beratungsstellen des Kantons Basel-Stadt und weiterer privater und gemeinnütziger Trägerschaften, die Unterstützung für Betroffene bieten, darunter auch psychosoziale Beratung und Integrationsprogramme.

Der Regierungsrat sieht in der Stärkung dieser bestehenden Strukturen des sozialen Basel eine effektive und bewährte Lösung, um auf gesellschaftliche Spannungen zu reagieren. Im Rahmen dieser Strukturen wird Beziehungsarbeit geleistet und Vertrauen aufgebaut, auf dessen Grundlage Gespräche trotz Spannungen fortgesetzt und situativ Massnahmen initiiert werden können. Geopolitische Spannungen und daraus folgende Bedürfnisse auf regionaler Ebene lassen sich aber nur beschränkt voraussagen. Sollten spezifische Bedürfnisse oder neue Herausforderungen auftreten, wird der Regierungsrat prüfen, ob bestehende Angebote ausgebaut werden müssen.

3. *Ist der Regierungsrat bemüht, den Dialog mit und unter den betroffenen Einwohner:innen von Basel-Stadt zu suchen bzw. zu fördern, beispielsweise mittels Dialogplattformen?*

Der Regierungsrat unterstützt bestehende Dialogformate und moderierte Diskussionsforen, die entweder durch den Kanton selbst (vgl. Antwort 2) oder in Kooperationen mit wissenschaftlichen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren angeboten werden, um ein respektvolles Miteinander zu fördern.

4. *Existieren Anlaufstellen für Personen, die aufgrund familiärer und anderer Verbundenheit persönlich betroffen sind und die hinsichtlich Informationen oder für Hilfestellungen beim Bewältigen der Belastung auf Unterstützung angewiesen sind? Falls ja, müssen solche ausgebaut und die Bemühungen intensiviert werden? Falls nein, gedenkt der Regierungsrat dahingehend aktiv zu werden?*

Es bestehen niederschwellige psychosoziale Beratungsstellen, soziale Treffpunkte und Hilfsangebote für betroffene Personen sowohl von staatlicher wie privater Seite. Der Regierungsrat beobachtet den Bedarf und wird einen Ausbau der bestehenden kantonalen Angebote bei zunehmender Nachfrage prüfen.

5. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, Anliegen der Bevölkerung unseres Kantons bezüglich geopolitischer Auseinandersetzungen beim Bund zu platzieren?*

Der Regierungsrat nutzt verschiedene Kanäle, um Anliegen der Bevölkerung im Zusammenhang mit geopolitischen Spannungen auf Bundesebene zu vertreten:

- Interkantonale Gremien, wie die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) oder die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und deren Fachkonferenzen, um gemeinsame Anliegen gegenüber dem Bund zu formulieren;
- direkter Austausch mit Bundesstellen, insbesondere in den Bereichen Migration, Integration, Antirassismus und Sicherheit;
- Kooperation mit anderen Städten über den Städteverband, um die besonderen Herausforderungen von Städten mit hoher internationaler Bevölkerung in Bundesdebatten einzubringen;
- Anträge und Stellungnahmen im Rahmen nationaler Integrations-, Antirassismus- und Sicherheitsstrategien, um die Auswirkungen geopolitischer Konflikte auf lokale Gemeinschaften sichtbar zu machen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Der Regierungsrat sieht sich in der Verantwortung, die Anliegen der Bevölkerung auf nationaler Ebene zu vertreten und sich für Massnahmen einzusetzen, die zur Wahrung des gesellschaftlichen Friedens beitragen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin